

Änderungsantrag

der Fraktion der SPD

zu dem Antrag der Fraktion der SPD

– Drucksache 17/8344

Schließung weiterer Notfallpraxen im Land verhindern

Der Landtag wolle beschließen,

den Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 17/8344 – um folgenden Abschnitt II zu ergänzen:

II. die Landesregierung zu ersuchen,

bei der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg darauf hinzuwirken, die Schließungspläne für folgende 18 Notfallpraxen

- Neuenbürg (Enzkreis), geplante Schließung am 31. März 2025
- Kirchheim/Teck (Kreis Esslingen), geplante Schließung am 31. März 2025
- Bad Saulgau (Kreis Sigmaringen), geplante Schließung am 31. März 2025
- Nagold (Kreis Calw), geplante Schließung am 30. Juni 2025
- Ellwangen (Ostalbkreis), geplante Schließung am 30. Juni 2025
- Oberndorf (Kreis Rottweil), geplante Schließung am 30. Juni 2025
- Backnang (Rems-Murr-Kreis), geplante Schließung am 30. Juni 2025
- Eberbach (Rhein-Neckar-Kreis), geplante Schließung am 31. Juli 2025
- Schwetzingen (Rhein-Neckar-Kreis), geplante Schließung am 31. Juli 2025
- Münsingen (Kreis Reutlingen), geplante Schließung am 30. September 2025
- Tett nang (Bodenseekreis), geplante Schließung am 30. September 2025
- Achern (Ortenaukreis), geplante Schließung am 31. Oktober 2025
- Wolfach (Ortenaukreis), geplante Schließung am 31. Oktober 2025
- Albstadt (Zollernalbkreis), geplante Schließung am 30. November 2025
- Ettlingen (Kreis Karlsruhe), geplante Schließung am 30. November 2025
- Brackenheim (Kreis Heilbronn), geplante Schließung am 30. November 2025

- Müllheim (Kreis Breisgau-Hochschwarzwald), geplante Schließung am 30. November 2025
 - Herrenberg (Landkreis Böblingen), geplante Schließung am 30. November 2025
- aufzugeben.

11.3.2025

Stoch, Binder, Dr. Kliche-Behnke, Wahl
und Fraktion

Begründung

Viele Abgeordnete des Landtags von Baden-Württemberg, darunter zum Beispiel auch der Minister für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, haben sich in unterschiedlicher Weise für den Erhalt der Notfallpraxen ausgesprochen und den baden-württembergischen Gesundheitsminister Lucha aufgefordert, sich bei der Kassenärztlichen Vereinigung dafür einzusetzen, die Standorte der Notfallpraxen aufrecht zu erhalten. Der Antrag gibt dem Landtag Gelegenheit, das Regierungshandeln in dieser Sache zu beeinflussen.